

Auf der Suche nach Stabilität: Griechenland vor den Europawahlen

Rappold, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rappold, J. (2014). *Auf der Suche nach Stabilität: Griechenland vor den Europawahlen*. (DGAP-Analyse, 10). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55546-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

Mai 2014 N° 10

Auf der Suche nach Stabilität: Griechenland vor den Europawahlen

von Julian Rappold

Zusammenfassung

Auf der Suche nach Stabilität: Griechenland vor den Europawahlen

von Julian Rappold

Die Rückkehr an die Finanzmärkte und die Erwirtschaftung eines Primärüberschusses senden das Signal einer langsam einsetzenden wirtschaftlichen Erholung Griechenlands. Im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 tut die griechische Regierung alles dafür, die jüngsten Erfolgsmeldungen als Wendepunkt der griechischen Wirtschafts- und Schuldenkrise zu präsentieren. Doch bei genauerer Analyse bleibt die Situation im Land weiter angespannt. Zum einen wirft der riesige Schuldenberg nach wie vor einen Schatten auf eine mögliche wirtschaftliche und soziale Erholung Griechenlands. Zum anderen bleibt die politische Stabilität als Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum unter dem Druck einer sich rasch fragmentierenden und stark polarisierenden Parteienlandschaft gefährdet. Griechenland braucht für seinen umfassenden Reformprozess weiter seine europäischen Partner. Die EU muss ihre transformative Kraft nun auch nach innen unter Beweis stellen.

Inhalt

Erfolgsmeldungen mit Substanz?.....	4
Regierungskoalition unter Druck.....	4
Auf der Suche nach politischer Stabilität in einer Parteienlandschaft im Umbruch	5
Wieviel Europa steckt im griechischen Europawahlkampf?	8
Zwischen wirtschaftlicher Konsolidierung und politischer Destabilisierung	9
Anmerkungen.....	10

Auf der Suche nach Stabilität: Griechenland vor den Europawahlen

von Julian Rappold¹

Trendwende zum richtigen Zeitpunkt

Am 25. Mai 2014 wird in Griechenland gleich doppelt gewählt. Die gleichzeitig stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen werden zum wichtigen Stimmungstest, ob die griechische Bevölkerung den von der Koalitionsregierung um Ministerpräsident Antonis Samaras eingeschlagenen Konsolidierungskurs weiter mitträgt.

Die jüngsten – wenn auch verhaltenen – Erfolgsmeldungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Erholung Griechenlands kommen für die seit Juni 2012 regierenden Koalitionsparteien der konservativen Nea Dimokratia (ND) und der sozialdemokratischen PASOK dabei zum richtigen Zeitpunkt: Nach über zehn Jahren hat Griechenland im Jahr 2013 erstmals einen Primärüberschuss im Staatshaushalt erwirtschaftet. Dieser Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,5 Milliarden Euro oder 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (ohne Berücksichtigung von Zinszahlungen und Tilgung der Staatsschuld) stellt eine wichtige Bedingung dafür dar, dass Griechenland weitere finanzielle Erleichterungen in Form einer Zinssenkung oder einer Verlängerung der Laufzeit für bestehende Hilfskredite erhält.² Darüber hinaus ist Griechenland Anfang April 2014, vier Jahre nachdem das Land finanziell kollabiert und unter den Europäischen Rettungsschirm geflüchtet war, wieder an die internationalen Finanzmärkte zurückgekehrt. Die Auktion von Staatsanleihen mit fünfjähriger Laufzeit übertraf dabei die Erwartungen der Regierung in Athen und spülte bei einem vergleichsweise niedrigen Zinssatz von 4,75 Prozent ca. drei Milliarden Euro in die griechische Staatskasse.³ Auch die griechische Wirtschaft, die von sechs aufeinanderfolgenden Jahren

Rezession tief gezeichnet ist, zeigt endlich zaghafte Anzeichen einer Erholung. Die Europäische Kommission prognostiziert für das Jahr 2014 ein leichtes Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent des BIP, nachdem die Wirtschaft 2013 noch um 3,9 Prozent geschrumpft war. Die wirtschaftliche Erholung soll sich laut Schätzungen 2015 mit einem BIP-Wachstum von 2,9 Prozent und 2016 mit 3,7 Prozent weiter fortsetzen.⁴

Die EU-Ratspräsidentschaft, die Griechenland seit Anfang des Jahres innehat, eröffnet der Samaras-Regierung nun eine doppelte Chance: Zum einen symbolisiert die Ratspräsidentschaft die Rückkehr Griechenlands auf die europäische Bühne als gleichwertiges Mitglied im Club der europäischen Mitgliedsstaaten. Andererseits bietet sich die Möglichkeit, die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen der eigenen Bevölkerung und auch den europäischen Partnern öffentlichkeitswirksam als erfolgreichen Wendepunkt im Jahr sechs der Wirtschafts- und Schuldenkrise zu präsentieren. Athen möchte sein Negativimage abschütteln und die Botschaft aussenden, dass sich das Land endlich auf dem Weg zurück zur Normalität befindet. Tatsächlich heimste die griechische Regierung von den europäischen Partnern und dem internationalen Währungsfonds für die jüngsten Ergebnisse Lob ein – nicht zuletzt auch, weil diese ein Beleg dafür sein sollen, dass ihr Krisenmanagement vis-à-vis Griechenland Früchte trägt. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die kurz nach Griechenlands Rückkehr an die Finanzmärkte nach Athen gereist war, beglückwünschte die Samaras-Regierung dazu, dass das Vertrauen der Finanzmärkte zurückgekehrt sei, lobte die bisher unternommenen Reformanstrengungen und bestärkte die griechische Regierung in ihrem Sparkurs.⁵

Erfolgsmeldungen mit Substanz?

In der Tat sind die griechischen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung, die unter dem Druck internationaler Geldgeber in den vergangenen vier Jahren seit Ausbruch der Schuldenkrise ergriffen worden sind, in ihrem Umfang und mit Blick auf den Zeitdruck, mit dem sie umgesetzt werden müssen, enorm. Doch während in Athen, Brüssel oder Berlin deshalb die jüngsten Entwicklungen als „Grecovery“,⁶ also als griechischer Wiederaufschwung, gefeiert werden, sind die Erfolgsmeldungen mit Vorsicht zu genießen. Zwar stellen die Zahlen für das Jahr 2013 ein positives Ergebnis für den Staatshaushalt und für die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands dar. Die Gesamtsituation bleibt jedoch insgesamt weiter angespannt. Seit Griechenland im Jahr 2010 kurz vor dem Staatsbankrott stand, haben sich die fundamentalen Wirtschaftsdaten eher verschlechtert als verbessert: Trotz massiver Sparmaßnahmen ist die Staatsverschuldung seit 2009 vor allem aufgrund des Zusammenbruchs der griechischen Wirtschaft von 129,7 auf zuletzt 175,1 Prozent des BIP nach oben geschnellt.⁷ Auch in absoluten Zahlen ist die Staatsschuld seit 2010 trotz eines Schuldenschnitts, bei dem private Gläubiger des Landes im Jahr 2012 auf rund 100 Milliarden Euro verzichteten, von rund 300 auf 319 Milliarden Euro gestiegen.⁸ Zudem stieg das jährliche Haushaltsdefizit Griechenlands wieder erstmals seit drei Jahren, und zwar um 3,8 Prozentpunkte auf 12,7 Prozent des BIP gegenüber 2012.⁹ Der riesige Schuldenberg wirft damit nach wie vor einen Schatten auf eine mögliche wirtschaftliche und soziale Erholung Griechenlands, und es muss bezweifelt werden, ob das Land aus eigener Kraft eine langfristige Schuldentragfähigkeit herstellen kann. Denn sechs Jahre Rezession haben die griechische Wirtschaftsleistung seit 2009 von rund 230 Milliarden Euro um knapp ein Viertel auf etwa 180 Milliarden Euro im Jahr 2013 schrumpfen lassen.¹⁰ Selbst das für 2014 angekündigte leichte Wachstum von 0,6 Prozent des BIP ist deshalb nichts weiter als eine Stagnation auf niedrigem Niveau und noch viel zu niedrig, um auf Anhieb eine nennenswerte Trendwende herbeiführen zu können. Die Diskussion um ein mögliches drittes Rettungspaket oder einen Schuldenschnitt – entweder in Form längerer Kreditlaufzeiten sowie niedrigerer Zinsen oder eines Haircuts – wurde jedoch bis zum Herbst nach den Europawahlen und der politischen Som-

merpause vertagt, da die Eurozonen-Mitglieder anti-europäischen Kräften vor der Europa-Wahl keinen Aufwind verschaffen möchten. Doch währenddessen verschärfen sich die sozialen Auswirkungen der Krise weiter: Mit 27,3 Prozent verzeichnete Griechenland 2013 die höchste Arbeitslosigkeit aller europäischen Mitgliedsstaaten.¹¹ Insbesondere junge Griechen sind betroffen: die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 58,3 Prozent.¹² Zudem ist das durchschnittliche griechische Haushaltseinkommen zwischen 2007 und 2012 um ca. ein Drittel gesunken,¹³ während darüber hinaus knapp 35 Prozent der griechischen Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind.¹⁴ Mit einem Ende der sozialen Krise in Griechenland ist deshalb selbst bei einer fortdauernden wirtschaftlichen Erholung nicht in Bälde zu rechnen. Die sozialen Folgekosten der Wirtschafts- und Schuldenkrise bleiben nach wie vor unbeziffert.

Die Lebenswirklichkeit der griechischen Bevölkerung steht folglich weitestgehend im Kontrast zur Erfolgsgeschichte, welche die Samaras-Regierung im Vorfeld der Europawahlen zu zeichnen versucht und die man im Rest der Eurozone gerne als Trendwende mit optimistischem Blick in die Zukunft aufgreift. Die griechischen Bürger begegnen der von der Regierung beschworenen wirtschaftlichen Erholung des Landes mit großer Skepsis. Sowohl die „Sozialdividende“ von 524 Millionen Euro, die durch die Generierung des Primärüberschusses an diejenigen Griechen ausgezahlt werden soll, die besonders von der Krise betroffen sind (und welche weitestgehend wieder nach der alten Klientellogik verteilt wird),¹⁵ als auch die Rückkehr an die Finanzmärkte wird von vielen Griechen als Wahlkampf abgetan.

Regierungskoalition unter Druck

Angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen und sich weiter zuspitzenden sozialen Lage haben die Regierungsparteien ND und PASOK im Land derzeit einen schweren Stand. Die Implementierung der Sparpolitik geht immer mehr auf Kosten der Unterstützung der Bevölkerung.¹⁶ In den vergangenen zwei Jahren ist die Regierungsmehrheit von 179 Abgeordneten auf eine knappe Mehrheit von 152 Abgeordneten im 300-Sitze Parlament geschmolzen. Zum einen verließ der dritte Koalitionspartner, die

Demokratische Linke DIMAR, die Koalitionsregierung im Juni 2013 nach der von Ministerpräsident Samaras eigenmächtig beschlossenen Schließung der staatlichen Radio- und Fernsehanstalt ERT.¹⁷ Zum anderen schlossen beide Koalitionspartner mehrere Abgeordnete aus ihren Parteien aus, weil diese sich gegen die Regierungslinie bei wichtigen Reformvorhaben gestellt hatten. Die wichtigste Oppositionspartei, das radikal linke Parteienbündnis SYRIZA, hat die anstehenden Kommunal- und Europawahlen bereits zum „Referendum“ über die Politik der Regierung ausgerufen. Mit dem Wahlsieg im Rücken könnte sie die Regierungsparteien zu vorgezogenen Neuwahlen drängen.¹⁸

Der jüngste Besuch der deutschen Bundeskanzlerin in Athen im April 2014, der bereits der zweite innerhalb von 18 Monaten war und seither von zahlreichen weiteren Regierungskonsultationen flankiert wird,¹⁹ ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Natürlich geht es der Bundesregierung im Vorfeld der Europawahlen darum, ihr europäisches Krisenmanagement im Fall Griechenland öffentlichkeitswirksam als Erfolg an die eigene Bevölkerung zu kommunizieren. Doch Berlin möchte der amtierenden griechischen Regierung auch den Rücken stärken und demonstrieren, dass diese als einziger verlässlicher Reformpartner angesehen wird – auch wenn dies aufgrund der nach wie vor angespannten griechisch-deutschen Beziehungen nur bedingt gelingen kann. Denn vorgezogene Neuwahlen und ein Regierungswechsel könnten zu politischer Instabilität mit nicht absehbaren Folgen für den griechischen Reformprozess und die Eurozone führen.

Auf der Suche nach politischer Stabilität in einer Parteienlandschaft im Umbruch

Dass die langjährigen politischen Rivalen ND und PASOK überhaupt in einer Koalitionsregierung zusammenarbeiten, reflektiert die rasanten Umwälzungen, denen die politische Landschaft in Griechenland seit Beginn der Staatsschuldenkrise 2010 ausgesetzt ist. Beide Parteien, die das politische Geschehen in Griechenland nach dem Ende

der Militärdiktatur seit über drei Jahrzehnten in abwechselnder Regierungsverantwortung monopolisierten und seit 1981 stets gemeinsam fast 80 Prozent der Stimmen errangen,²⁰ wurden bei den beiden Parlamentswahlen 2012 von den Wählern abgestraft. Mit dem Beginn der Staatsschuldenkrise und den damit verbundenen Sparzwängen wurde das von ND und PASOK etablierte System der Patronage und des Klientelismus, mit dem beide Parteien das politische System in ein Parteienkartell verwandelt und die griechische Gesellschaft durchdrungen hatten, stark unterspült. Nun wenden sich immer mehr Wähler frustriert ab. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 gewannen beide Parteien zusammen gerade einmal noch 42 Prozent der Stimmen.²¹ Nur ein im griechischen Wahlrecht festgeschriebener Bonus von 50 Sitzen für die stärkste Partei ND sichert noch die knappe parlamentarische Mehrheit der Koalition. Als großer Verlierer gilt insbesondere PASOK. Die Sozialisten sind nicht nur Teil des alten politischen Establishments, dem die Schuld für jahrzehntelange Misswirtschaft und politischer Korruption gegeben wird. Sie waren auch in der Regierungsverantwortung, als die Wirtschafts- und Schuldenkrise Griechenland mit voller Wucht traf und sich das Land seinen Schuldnern offenbarte. Bei den Parlamentswahlen 2009 hatte PASOK mit 43 Prozent noch einen deutlichen Wahlsieg davongetragen, bevor sie im Juni 2012 als nur noch drittstärkste Kraft im griechischen Parlament auf 12 Prozent abstürzte.²² Im Vorfeld der Europawahlen versucht sich die Partei deshalb neu zu ordnen und die sozialdemokratischen Kräfte des Landes in einer gemeinsamen Plattform, dem sogenannten „griechischen Olivenbaum“ (ELIA) zu bündeln. In aktuellen Umfragen für die Europawahl liegt das Bündnis jedoch bei gerade einmal fünf bis acht Prozent, und verdeutlicht die Auflösungserscheinungen, mit der die Sozialdemokratie in Griechenland momentan konfrontiert ist.²³ Auch die konservative ND, die in der Juni-Wahl 2012 immerhin mit 29 Prozent noch stärkste Kraft wurde, rutscht laut aktuellen Umfragen weiter ab (23 bis 28 Prozent) und liefert sich mit der oppositionellen SYRIZA ein Kopf-an-Kopf Rennen.²⁴

Der Vertrauensverlust in ND und vor allem in PASOK bedeutet gleichzeitig, dass sich die griechische Parteienlandschaft offenbar zu einem Mehrparteiensystem entwickelt und dabei einem Prozess wachsender Fragmentierung und Polarisierung ausgesetzt ist, in dem sich alte Parteibindungen aufgelöst haben. Die doppelten Parlamentswahlen 2012 haben verdeutlicht, dass sich das Parteienspektrum neu ausrichtet. Die Koalitionsparteien ND und PASOK, sowie mit Abstrichen die Demokratische Linke, DIMAR, stehen dabei für einen Verbleib in der EU und im Euro, auch unter der Bedingung schmerzhafter Sparprogramme und struktureller Reformen unter Mithilfe und Kontrolle der internationalen Geldgeber.²⁵ Um diese Parteien herum gruppiert sich ein heterogenes Parteiengemenge aus Links- und Rechtspopulisten, Neonazis und Kommunisten, das immer mehr an Zustimmung gewinnt und welches einzig die Ablehnung der in zwei Memoranden vereinbarten Sparpolitik eint.²⁶

Zu letzteren gehört auch die stärkste Oppositionspartei, die radikal linke SYRIZA, die bisher am meisten von den Umwälzungen der griechischen Parteienlandschaft profitiert. Noch bei den Parlamentswahlen 2009 erzielte sie gerade einmal 4,6 Prozent bevor sie in den Juni-Wahlen 2012 mit 26,9 Prozent zur zweitstärksten Kraft im griechischen Parlament avancierte und diesen Erfolg auch in aktuellen Umfragen beibehält.²⁷ Die Partei profitiert dabei insbesondere von der Unzufriedenheit und dem Vertrauensverlust der griechischen Bevölkerung in die bisherigen Regierungsparteien, die in den Augen vieler für die aktuelle Krise verantwortlich sind und ein dysfunktionales und marodes politisches System verkörpern. SYRIZA, angeführt von Griechenlands jüngstem Parteiführer Alexis Tsipras, der aufgrund der Erfolge der Partei auch als Spitzenkandidat für die Europäische Linke kandidiert, lehnt die meisten Reformen der Koalitionsregierung ab, und fordert eine Neuverhandlung der mit den internationalen Geldgebern vereinbarten Kreditmodalitäten. Darüber hinaus tut sich die Partei jedoch weiterhin schwer, konstruktive Vorschläge und ein eigenes Narrativ zur Überwindung der Krise zu präsentieren. SYRIZA wird deshalb in weiten Teilen der Bevölkerung auch nicht zugetraut, Regierungsverantwortung zu übernehmen.²⁸ Dies

liegt vor allem an der Vielzahl politischer Strömungen innerhalb der Partei, die 2012 aus einem Parteienbündnis aus Sozialisten, Trotzlisten, Maoisten, Eurokommunisten und Grünen hervorging. Daraus resultieren regelmäßig interne Konflikte zwischen dem radikal linken und dem gemäßigten, reformorientierten Parteiflügel, die die Außendarstellung der Partei beeinträchtigen und die Entwicklung einer einheitlichen Parteilinie erschweren. Es bleibt abzuwarten, ob der in den vergangenen Monaten gewagte Balanceakt von Parteiführer Tsipras gelingt, die Partei mit moderateren Tönen für eine breitere Wählerschicht in der politischen Mitte Griechenlands zu öffnen, und damit SYRIZA als ernsthafte Regierungsalternative im politischen Wettbewerb zu etablieren. In den jüngsten Umfragen liegt SYRIZA bei 26 bis 28 Prozent, und liefert sich damit ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Wahlsieg in den Europawahlen mit der konservativen ND.²⁹ Die hohe Anzahl unentschlossener Wähler von 15 bis 20 Prozent wird allgemein als potentieller Vorteil für SYRIZA ausgelegt, sodass am 25. Mai 2014 auch viel davon abhängt, wie hoch die Wahlbeteiligung ist. Bei einem deutlichen Wahlsieg in den Kommunal- und Europawahlen hat Tsipras bereits angekündigt, auf Neuwahlen drängen zu wollen.³⁰

Anlass zur Sorge gibt die Neo-Nazi-Partei Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“), die mit beachtlichen sieben Prozent der Wählerstimmen 2012 erstmals ins griechische Parlament einziehen konnte.³¹ Hinsichtlich Ideologie, Auftreten und Symbolik lässt die Partei deutliche Anleihen bei den deutschen Nationalsozialisten erkennen. Zudem untermauert sie ihre fremdenfeindliche Ideologie regelmäßig mit gewalttätigen Übergriffen gegen Ausländer. Die Goldene Morgenröte ist ein weiterer Profiteur der sich im Umbruch befindlichen Parteienlandschaft. Aufgrund ihres Paria-Status, den die Partei in ein Symbol tatsächlichen und authentischen Widerstands gegen das Establishment umgewandelt hat, präsentiert sich die Goldene Morgenröte als ein nicht-korrupter Außenseiter des politischen Betriebs und dient vielen Wählern als radikalste Form des Protestes gegen das etablierte politische System.³² Mit sozialen Tätigkeiten wie Essensausgaben, die nur für Griechen durchgeführt werden, zeigen sie zum einen Bürgernähe und schärfen

zugleich ihr rassistisch motiviertes Profil.³³ Ein Teil der griechischen Bevölkerung fühlt sich vom Nationalismus und Rassismus der Goldenen Morgenröte angesprochen; denn die seit Jahren in der Gesellschaft schwelende Migrations- und Asylproblematik, die durch die Untätigkeit der griechischen Behörden und der Politik weiter befeuert wurde, hat mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise Griechenlands einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Umfragen zu den Europawahlen, in denen die Partei bei sieben bis neun Prozent liegt, deuten folglich auch nicht darauf hin, dass die Partei nach einmaligem Ausdruck politischer Frustration der Wähler wieder verschwinden wird.³⁴ Dies ist umso bemerkenswerter, da die Justiz seit der Ermordung eines linken Aktivisten und Musikers durch einen Parteianhänger der Goldenen Morgenröte im September 2013 gegen die Partei ermittelt.³⁵ Der Parteichef und mehrere Abgeordnete sitzen in Untersuchungshaft. Gegen sie laufen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Bildung einer und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die Goldene Morgenröte werden seit kurzem jedoch durch Enthüllungen über die politische Einmischung der Regierung Samaras in diesen Fall überschattet.³⁶ Laut eines heimlich aufgezeichneten Gesprächsmitschnitts habe Samaras die Ermittlungen forciert, da er sich dadurch einen Stimmenzuwachs für seine eigene Partei im Vorfeld der Europawahlen erhoffte. Das für die Goldene Morgenröte diskutierte Parteienverbot, für das es in Griechenland bisher kein geordnetes Verfahren gibt, wird deshalb von der griechischen Öffentlichkeit besonders genau verfolgt werden.

Die Volatilität der griechischen Parteienlandschaft zeigt sich auch daran, dass neu formierte Parteien, die bei den Parlamentswahlen 2012 noch beachtliche Wahlergebnisse erzielen konnten, in aktuellen Umfragen bereits wieder relativ deutliche Einbußen hinnehmen mussten. Die rechtspopulistische Partei der „Unabhängigen Griechen“, die im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 vom Parlamentsabgeordneten Panos Kammenos, einem damaligen Mitglied der ND, gegründet wurde, wendet sich gegen das Memorandum und die damit verbundene Sparpolitik der Regierung Samaras. Die Partei ist jedoch

intern zerstritten, sodass bereits fünf der ursprünglich zwanzig Abgeordneten die Partei verlassen haben. Zudem wird sie inhaltlich zwischen der Regierungspartei ND, die ebenfalls rechtspopulistische Ressentiments bedient, und der Goldenen Morgenröte aufgerieben.³⁷ Die Demokratische Linke, DIMAR, die sich 2010 als Reform-Flügel von SYRIZA abgespalten hatte, und zwischen 2012 und 2013 als Juniorpartner in einer Dreierkoalition mit ND und PASOK in der Regierungsverantwortung stand, kämpft laut aktuellen Umfragen darum, die Drei-Prozent-Hürde zu überschreiten und so den Einzug in das Europaparlament zu schaffen.³⁸ Einzig die älteste Partei Griechenlands, die kommunistische Partei KKE, ist im Parteienspektrum tief verankert und konnte von den Umwälzungen der Parteienlandschaft zumindest leicht profitieren. Die klare ideologische Fundierung ihrer antieuropäischen und antikapitalistischen Haltung findet bei ihrer Stammwählerschaft Anklang.³⁹ In aktuellen Umfragen erzielt die KKE sechs bis acht Prozent.⁴⁰

Komplett neu gegründete Parteien, die ihre Wurzeln nicht im alten politischen System haben, bleiben trotz einer Vielzahl von Parteineugründungen in den vergangenen Jahren Mangelware.⁴¹ Besonders bemerkenswert ist deshalb der Erfolg der im März dieses Jahres vom Journalisten Stavros Theodorakis neu gegründeten Partei „To Potami“ (der Fluss), die in aktuellen Umfragen mit acht bis zehn Prozent Zustimmung bereits als drittstärkste Kraft gesehen wird.⁴² Gegründet als eine Bürgerbewegung betont die Partei ihren antisystemischen Charakter und stellt zugleich jedoch eine moderate Form des Protests dar. Denn trotz sehr vager programmatischer Vorstellungen wird die Partei, die eine pro-europäische Haltung einnimmt, ideologisch eher dem linksliberalen Spektrum zugeordnet. Damit entspricht sie der Sehnsucht weiter Teile der griechischen Bevölkerung, die sich vom politischen Establishment abgewendet haben, sich aber im radikalen Protest von SYRIZA und der Goldenen Morgenröte nicht wiederfinden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich To Potami aufgrund mangelnder Strukturen und fehlendem ideologischen Fundament in einem stetig verändernden Parteiensystem langfristig etablieren kann.

Wieviel Europa steckt im griechischen Europawahlkampf?

Die am 25. Mai 2014 stattfindenden Europawahlen dienen als Momentaufnahme der sich im Umbruch befindlichen griechischen Parteienlandschaft. Dies zeigen auch die Kandidatenlisten der Parteien, die eine Vielzahl von politischen Quereinsteigern mit unterschiedlichsten persönlichen Hintergründen nominiert haben und nur einer geringen Anzahl der amtierenden Europaabgeordneten die Chance geben, sich erneut zur Wahl zu stellen.⁴³

Doch inwieweit spielen europäische Themen bei der Wahl der zukünftig 21 griechischen Europaabgeordneten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, sozialen und Staatsschuldenkrise Griechenlands überhaupt eine Rolle? Ministerpräsident Samaras hat die Europawahlen bereits zu einem Wettbewerb zwischen Stabilität und Unsicherheit ausgerufen, und dabei die Reformfolge seiner Regierung angepriesen. Demgegenüber will der Parteiführer von SYRIZA, Alexis Tsipras, diese zu einem Referendum über die Austeritätspolitik der amtierenden Koalitionsregierung stilisieren.⁴⁴ Das europäische Krisenmanagement sowie die Haltung Brüssels und der anderen europäischen Hauptstädte vis-à-vis Griechenland sind Teil dieser Debatten. Andere europäische Themen oder die griechische Ratspräsidentschaft finden in der griechischen Öffentlichkeit nur wenig Beachtung. Denn obwohl eine Mehrheit der Griechen noch an der Mitgliedschaft in der Eurozone und der EU festhält,⁴⁵ haben viele von ihnen ihr Vertrauen in die Politik und ihre Hoffnung auf Solidarität aus Brüssel verloren. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass gerade einmal 13 Prozent der Griechen glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt.⁴⁶ Das Interesse an den Wahlprogrammen und am Wettbewerb zwischen den Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien um das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission – eine zentrale Innovation dieser Europawahl – ist deshalb auch gering. Dies ist umso erstaunlicher, als mit Alexis Tsipras von SYRIZA ein griechischer Spitzenpolitiker zur Wahl steht.

Dass sich die griechische Regierung dazu entschlossen hat, die Europawahl mit dem zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen zusammenzulegen, wird ebenfalls nicht dazu beitragen, den Stellenwert der

Europawahl in der Bevölkerung zu erhöhen. Denn es ist zu erwarten, dass ein Großteil der Entscheidungen auf kommunaler Ebene bereits eine Woche zuvor im ersten Wahlgang fällt, und damit die Wahlbeteiligung deutlich sinken wird.⁴⁷ Die Regierung könnte dadurch einen leichten Vorteil erlangen, da man einen großen Teil der Nichtwähler dem Lager der Kritiker der Sparpolitik zuordnet.

Allerdings lassen die Umfragewerte der verschiedenen Meinungsforschungsinstitute keine einhelligen Schlüsse über das Wahlverhalten der griechischen Wähler zu. Zu hoch ist deren Volatilität und Unsicherheit in ihrer Entscheidungsfindung. Laut einer vor kurzem durchgeführten Umfrage gehören ca. 20 Prozent der Befragten zur Gruppe der Unentschlossenen, oder gaben an, dass sie am 25. Mai nicht wählen werden.⁴⁸ Deutlich wird jedoch schon jetzt, dass das Lager der Befürworter der bisherigen Sparpolitik in Zusammenarbeit mit der Troika weiter an Zustimmung verliert. Die Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen, die SYRIZA bei einem deutlichen Vorsprung vor ND oder einem Zugewinn der in den letzten Parlamentswahlen erzielten 27 Prozent der Stimmen erzwingen möchte, scheint allerdings momentan eher unwahrscheinlich.

Ohnehin scheinen die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in der öffentlichen Diskussion bedeutend wichtiger, da diese aus Sicht vieler Griechen viel unmittelbarere Auswirkungen auf ihr Leben haben. Die auf nationaler und europäischer Ebene vorherrschende Parteienpolarisierung verliert auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung, während pragmatische Politikansätze immer wichtiger werden.⁴⁹ Dies wird auch an der großen Zustimmung für die Arbeit der beiden unabhängigen Bürgermeister in Athen und Thessaloniki, Giorgos Kaminis und Giannis Boutaris, deutlich. Das Wahlergebnis von Kommunal- und Europawahl könnte sich folglich deutlich unterscheiden, denn im Gegensatz dazu werden die Europawahlen wohl als Protestwahl und damit als Ventil der Frustration mit der Sparpolitik der Regierung und den etablierten Parteien im Generellen genutzt.⁵⁰

Zwischen wirtschaftlicher Konsolidierung und politischer Destabilisierung

Die Europa- und Kommunalwahlen in Griechenland finden unter dem Eindruck langsam einsetzender wirtschaftlicher Erholung statt. Die griechische Regierung tut alles dafür, der eigenen Bevölkerung und den internationalen Geldgebern die Rückkehr an die Finanzmärkte sowie die Erwirtschaftung eines Primärüberschusses öffentlichkeitswirksam als erfolgreichen Wendepunkt im Jahr sechs der Wirtschafts- und Schuldenkrise zu präsentieren.

Währenddessen haben die in einer Regierungskoalition zwangsweise vereinten langjährigen politischen Rivalen ND und PASOK national einen schweren Stand, da die Implementierung ihrer Sparpolitik immer mehr auf Kosten der Unterstützung in der Bevölkerung geht. Beide Parteien stehen unter dem Druck einer sich rasch fragmentierenden und stark polarisierenden Parteienlandschaft. Die anstehenden Kommunal- und Europawahlen werden dabei zu einem wichtigen Stimmungstest, ob die griechische Bevölkerung den von der Koalitionsregierung um Ministerpräsident Antonis Samaras eingeschlagenen Konsolidierungskurs weiter mitträgt. Obwohl die Wahrscheinlichkeit vorgezogener Neuwahlen im Falle eines deutlichen Wahlsiegs von SYRIZA in den vergangenen Monaten deutlich gesunken ist, bergen die nächsten Monate noch genug politischen Sprengstoff, um zu einer politischen Destabilisierung zu führen. Denn die griechische Regierung wird die schwierige Aufgabe zu meistern haben, mit einer hauchdünnen Parlamentsmehrheit weitere Reformen anzuschieben und zudem einen tragfähigen Kompromiss in der Frage der zukünftigen Schuldentragfähigkeit des Landes zu finden. Darüber hinaus wird das Szenario vorgezogener Neuwahlen spätestens im Februar 2015 höchstwahrscheinlich wieder an Aktualität gewinnen, wenn die Amtszeit des amtierenden Präsidenten Karolos Papoulias endet, und ein neuer Präsident mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden muss.

Für die weitere Entwicklung Griechenlands wird es deshalb entscheidend sein, inwieweit und wie schnell es der griechischen Regierung gelingt, wirtschaftliche Erfolgsmeldungen und institutionelle Strukture-

formen für die Bevölkerung tatsächlich greifbar zu machen. Denn nur eine Linderung der sich zuspitzenden sozialen Lage und eine Rückkehr des Vertrauens und damit der Glaubwürdigkeit in die politischen Institutionen kann in Griechenland ein robustes Fundament für politische Stabilität bilden.

Gleichzeitig kann ein stabiler politischer Rahmen nur eine Vorbedingung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sein. Deshalb muss in enger Kooperation mit den internationalen Geldgebern möglichst rasch ein Weg gefunden werden, die Schuldentragfähigkeit Griechenlands langfristig herzustellen. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, dass jede Kompromisslösung die Balance zwischen Überprüfbarkeit und Konditionalität des fortlaufenden strukturellen Reformprozesses einerseits, sowie einer breiten gesellschaftlichen und politischen Unterstützung in Griechenland andererseits wahren muss. Es wird maßgeblich darauf ankommen, inwieweit man in den europäischen Hauptstädten bereit ist, nicht nur die möglichen monetären, sondern auch die politischen Kosten einer weiteren Hilfsmaßnahme zu tragen. Als wichtigem Gläubiger und damit als jenem Partner, der entscheidend zu einer nachhaltigen Lösung der griechischen Staatsschuldentragfähigkeit beitragen kann, wird Deutschland hierbei eine besonders verantwortungsvolle Rolle zukommen. Eine ehrliche Debatte in der deutschen Öffentlichkeit, die diese Kostenfrage anspricht und die deutschen Interessen an einem stabilen Griechenland in einer stabilen Eurozone hervorhebt, ist hierfür eine wichtige Vorbedingung und deshalb dringend geboten.

Ausgehend vom Präzedenzfall Griechenland muss man sich auf europäischer Ebene zudem der Frage stellen, mit welchen Instrumenten die EU tiefgreifende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse innerhalb der eigenen Strukturen vollziehen kann und will. Denn mit den 1993 beschlossenen Kopenhagener Kriterien besitzt die EU bisher nur ein Instrument, das die Transformation in einem Staat vor dessen EU-Beitritt regelt. Jetzt muss die EU ihre transformative Kraft auch nach innen unter Beweis stellen.

Julian Rappold, Programmmitarbeiter Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen, DGAP.

Anmerkungen

- 1 Der Autor dankt Almut Möller und Christos Katsioulis für wertvolle Anregungen zu früheren Textfassungen. Die Analyse reflektiert Erkenntnisse aus Gesprächen mit Beobachtern und Entscheidungsträgern, unter anderem in Athen, im Zeitraum März bis Mai 2014.
- 2 Vgl. Europäische Kommission, The Second Economic Adjustment Programme for Greece Fourth Review – April 2014, Occasional Papers 192, April 2014, S. 22, <http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2014/pdf/ocp192_en.pdf> (abgerufen am 21.4.2014).
- 3 Vgl. N. N., Greece exceeds expectations with first return to bond markets after four years, in: Macropolis, 10.4.2014, <<http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.economy.1097>> (abgerufen am 25.4.2014).
- 4 Vgl. Europäische Kommission, The Second Economic Adjustment Programme for Greece Fourth Review, a.a.O. (Anm. 2), S. 23.
- 5 Vgl. Die Bundesregierung, Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras am 11. April 2014, Athen, 11. April 2014, <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/04/2014-04-11-merkel-samaras.html>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 6 Vgl. Jeevan Vasagar und Kerin Hope, Greece's prime minister warns of reform fatigue, in: Financial Times, 23.11.2013, <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/64fd305a-543e-11e3-b767-00144feabdc0.html#axzz30Z6N5IXD>> (abgerufen am 2.5.2014).
- 7 Vgl. Eurostat, Bruttoverschuldung des Staates – jährliche Daten, in Prozent des BIP, <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=teina225>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 8 Vgl. Eurostat, Bruttoverschuldung des Staates – jährliche Daten, in Millionen Euro, <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=teina225&language=de>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 9 Vgl. Eurostat, Defizit / Überschuss des Staates – jährliche Daten, in Prozent des BIP, a.a.O. (Anm. 7).
- 10 Vgl. Eurostat, Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Kaufkraftstandard je Einwohner, <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tcc00001&language=de>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 11 Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquote nach Geschlecht, in Prozent, <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec450&plugin=1>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 12 Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquote nach Altersgruppe, Weniger als 25 Jahre, <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec460&plugin=1>> (abgerufen am 24.4.2014).
- 13 OECD, Society at a Glance 2014 Highlights: GREECE – The crisis and its aftermath, März 2014, S. 1, <<http://www.oecd.org/greece/OECD-SocietyAtaGlance2014-Highlights-Greece.pdf>> (abgerufen am 5.5.2014).
- 14 Vgl. Eurostat, Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_50&language=de> (abgerufen am 24.4.2014).
- 15 Vgl. Kerin Hope, Greece to spend surplus on handouts for the poorest, in: Financial Times, 29.4.2014, <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/0d6783fa-ccc2-11e3-8e62-00144feabdc0.html#axzz30eQ3EH9G>> (abgerufen am 6.5.2014).
- 16 Während ND und PASOK in den Juni-Wahlen 2012 noch zusammen 42 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten, deuten aktuelle Umfragen darauf hin, dass beide Parteien bei der Europawahl mit Verlusten rechnen müssen und zusammen nur noch 31 bis 34 Prozent erzielen werden. Metapolls, Greece European Election 2014, <<http://metapolls.net/category/europe/euroelections-2014/greece-euroelections-2014/>> (abgerufen am 11.5.2014).
- 17 Vgl. N. N., Krise in Athen: Linke verlässt griechische Regierungskoalition, in: Spiegel Online, 21.6.2013, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/linke-verlaesst-griechische-regierungskoalition-a-907151.html>> (abgerufen am 6.5.2014).
- 18 Vgl. Nathalie Savaricas, Economic chaos sees Greek voters swing to fringe parties, in: EUObserver <<http://euobserver.com/eu-elections/123067>> (abgerufen am 2.5.2014); N. N., SYRIZA, New Democracy prepare for key electoral battle on May 25, in: Ekathimerini, <http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_ws1_1_01/02/2014_537013> (abgerufen am 2.5.2014).
- 19 Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte die griechische Regierung in Athen zu Regierungskonsultationen im Oktober 2012 sowie im April 2014. Beide Reisen wurden von Besuchen des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (Juli 2013), des ehemaligen Bundesaußenministers Guido Westerwelle (Juli 2013) sowie seines Nachfolgers, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (Januar 2014), flankiert. Zudem reiste Bundespräsident Joachim Gauck (März 2014) zu einem Staatsbesuch nach Athen.
- 20 Nur dreimal lag das gemeinsame Ergebnis beider Parteien unter 80 Prozent. 1996 und 2007 erzielten ND und PASOK zusammen 79 Prozent, 2009 immerhin noch 76 Prozent der Stimmen. Vgl. Hellenic Parliament, <<http://www.hellenicparliament.gr/en/Vouli-ton-Ellinon/To-Politvma/Ekloges/Eklogika-apotelesmata-New/>> (abgerufen am 9.5.2014).
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Vgl. ebd.

- 23 Die Umfrageergebnisse griechischer Meinungsforschungsinstitute sind mit Vorsicht zu genießen, da sie aufgrund einer volatilen Parteienlandschaft und einer sehr polarisierten Gesellschaft in ihren Ausprägungen zum einen relativ stark variieren, und zum anderen meistens nicht den momentan hohen Anteil Nichtwähler und Unentschlossener mit einbeziehen. In der hier vorliegenden Analyse werden deshalb nur Umfragekorridore abgebildet, die auf den aktuellen Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute basieren und als Richtwerte dienen sollen. Eine regelmäßig aktualisierte Übersicht bietet dabei Metapolls, Metapolls, Greece European Election 2014, <<http://metapolls.net/category/europe/euroelections-2014/greece-euroelections-2014/>> (abgerufen am 10.5.2014).
- 24 Vgl. ebd.
- 25 Vgl. Christos Katsioulis, „Wir werden Monster nach Europa senden“ Griechenlands Parteiensystem vor der Wahl, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/2014, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S.11-15.
- 26 Vgl. Nick Malkoutis, Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel – Eine Analyse der anstehenden Parlamentswahlen, Friedrich-Ebert Stiftung, Berlin, Mai 2012, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/09060.pdf>> (abgerufen am 2.5.2014).
- 27 Vgl. Hellenic Parliament, <<http://www.hellenicparliament.gr/en/Vouli-ton-Ellinon/To-Politevma/Ekloges/Eklogika-apotelesmata-New/>> (abgerufen am 09.05.2014). Vgl. Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 28 In einer von „e-voice“ durchgeführten Umfrage vom 2.5.2014 trauen 30,4 Prozent der Befragten Ministerpräsident Samaras die Fähigkeit zu, die Hauptprobleme des Landes anpacken zu können. Alexis Tsipras, Parteiführer von SYRIZA, trauen dies nur 15,5 Prozent zu. Vgl. N. N., Opinion polls show ND lead over SYRIZA in European elections, in: ANA-mpa, 2.5.2014, <<http://www.ana.gr/english/articleview.php?id=5842>> (abgerufen am 11.5.2014). In einer Umfrage des griechischen Meinungsforschungsinstituts MRB zweifeln 55 Prozent der Befragten daran, dass SYRIZA die Fähigkeit dazu besitzt, wirtschaftliche Stabilität herzustellen. Vgl. N. N., Tsipras tries to banish euro doubts, in: Ekathimerini, 1.5.2014, <http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_ws1_1_01/05/2014_539375> (abgerufen am 11.5.2014).
- 29 Vgl. Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 30 N. N., SYRIZA, New Democracy prepare for key electoral battle on May 25, a. a. O. (Anm. 18).
- 31 Elections to the Hellenic Parliament May and June 2012, <<http://www.electionresources.org/gr/vouli.php?election=2012>> (abgerufen am 30.4.2014).
- 32 Antonis Ellinas, The Rise of Golden Dawn: The New Face of the Far Right in Greece, in: South European Society and Politics, Nr. 4, März 2013, S. 557.
- 33 N. N., Athen: Rechtsextreme verteilen Lebensmittel – nur an Griechen, in: Spiegel Online, 1.8.2012, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-rechtsextreme-verteilen-in-athen-lebensmittel-a-847752.html>> (abgerufen am 1.5.2014).
- 34 Vgl. Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 35 N. N., „Goldene Morgenröte“: Griechisches Parlament hebt Immunität von sechs Rechtsextremen auf, in: Spiegel Online, 16.10.2013, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechisches-parlament-hebt-immunitaet-von-sechs-rechtsextremen-auf-a-928165.html>> (abgerufen am 1.5.2014).
- 36 N. N., Top PM aide forced out after talks with GD revealed, in: Ekathimerini, 2.4.2014, <http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_ws1_1_02/04/2014_538698> (abgerufen am 1.5.2014).
- 37 Vgl. Katsioulis, „Wir werden Monster nach Europa senden“ Griechenlands Parteiensystem vor der Wahl, a.a.O. (Anm. 25).
- 38 Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 39 Vgl. Katsioulis, „Wir werden Monster nach Europa senden“, a.a.O. (Anm. 25).
- 40 Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 41 Seit den Parlamentswahlen im Juni 2012 haben sich mindestens 15 Parteien neu gegründet. Vgl. N. N., To Potami's rise and Golden Dawn's strife shake things up for May vote, in: Macropolis, 18.3.2014, <<http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.politics.1028>> (abgerufen am 30.4.2014).
- 42 Metapolls, Greece European Election 2014, a.a.O. (Anm. 23).
- 43 Eine aktualisierte Übersicht der Kandidatenlisten der einzelnen Parteien findet sich unter: <<http://europedecides.eu/candidates/election-lists/gr/>> (abgerufen am 10.5.2014). Vgl. N. N., New Democracy and SYRIZA draw battle lines for European elections, in: Macropolis, 17.4.2014, <<http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.politics.1121>> (abgerufen am 2.5.2014).
- 44 Vgl. ebd.
- 45 In einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 sprachen sich 62 Prozent der Griechen für den Euro aus. Zudem überstieg die Zahl jener Griechen, die die EU-Mitgliedschaft positiv bewerten (34 Prozent) im August 2013 die Zahl derer, die die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Vgl. Eurobarometer, Standard Eurobarometer 80, Herbst 2013, S. 25, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_first_en.pdf> (abgerufen am 5.5.2014); European Parliament Eurobarometer, One Year to Go Until the 2014 European Elections Institutional Part – Analytical Overview, European Parliament Eurobarometer 79.5, 21. August 2013, S. 41, <<http://www.>

- europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2013/election/synth_finale_en.pdf> (abgerufen am 5.5.2014).
- 46 Vgl. Eurobarometer, Standard Eurobarometer 80, Herbst 2013, a.a.O. (Anm. 45), S. 10.
- 47 Vgl. N. N., Key Greek election date firms up; turnout could prove crucial, in: Macropolis, 3.2.2014, <<http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.politics.953>> (abgerufen am 5.5.2014).
- 48 Metronanalysis, <http://www.eklogika.gr/uploads/files/Dimoskopiseis/MetronAnalysis-TheToc-4_4_14.pdf> (abgerufen am 5.5.2014).
- 49 Vgl. Christos Katsioulis, Politik und Idioten, in: Berliner Republik, 2/2014, 2014, <<http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/politik-und-idioten>> (abgerufen am 5.5.2014).
- 50 Ebd.

